



GEMEINSAMER ANTRAG von FW und ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 28.06.2018

07.06.2018

Starkes Breitband für starke Unternehmen

Österreichs Unternehmen sind international vernetzt. Sowohl im urbanen als auch im ländlichen Gebiet setzen sie auf eine verlässliche Breitbandanbindung. Besonders kleine und mittlere Unternehmen benötigen schnelles Internet als Basis für attraktive Arbeitsplätze in den Regionen. Daher sollten Gebiete mit Unternehmensstandorten beim Ausbau der Digitalinfrastruktur bevorzugt behandelt werden.

Dabei macht es keinen Unterschied, ob Breitband durch fixe Leitungen oder mobil zur Verfügung gestellt wird. Entscheidend ist die verfügbare Bandbreite.

Wichtig sind schnelle Datenverbindungen auch aufgrund der stark steigenden Datennutzung. Allein zwischen 2015 und 2016 hat sich laut Regulierungsbehörde RTR das Mobilfunkdatenvolumen in Österreich von 299.000 auf 571.000 Terabyte fast verdoppelt.

Der Breitbandausbau hinkt in Österreich im EU-Vergleich jedoch hinterher. Er ist daher mit Nachdruck voranzutreiben.

Herausforderungen bestehen in der Koordinierung des Ausbaus zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Es gibt sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Breitbandförderprogramme, die denselben Zweck verfolgen - beispielsweise die „Last Mile“-Anbindung von Unternehmen.

Förderungen der öffentlichen Hand sind zielgerichtet einzusetzen. Dies betrifft sowohl eine effiziente zeitliche Abwicklung als auch eine sinnvolle Auswahl der zu fördernden Gebiete. Gigabitanschlüsse in jeder entlegenen Region treiben die Gesamtkosten des Ausbaus in die Höhe. Weiters gibt es im Rahmen der bestehenden Breitbandmilliarde unterschiedliche Förderhöhen.

Die unterzeichnenden Delegierten stellen daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung und die zuständigen Stellen dazu auf, sich für folgende Ziele einzusetzen:

1. Die Koordinierung zwischen den zuständigen Stellen beim Breitbandausbau soll intensiviert und damit der Ausbau beschleunigt werden.

2. Die Förderungen der öffentlichen Hand sollen ausgebaut und zielgerichtet eingesetzt werden. Förderungen sollen unter Einbindung der Breitbandkoordinatoren besser aufeinander abgestimmt werden.
3. Es ist auf ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der Auswahl der zu fördernden Gebiete zu achten. Die Formalitäten sollen, wo möglich, reduziert werden.
4. Die Förderhöhen sollen auf die nach EU-Recht maximal möglichen Prozentsätze angehoben und harmonisiert werden.
5. Der Breitbandausbau ist weiterhin laufend zu evaluieren. Ergebnisse der Evaluierung sind der Öffentlichkeit in transparenter Art und Weise bereitzustellen.



Robert Bodenstein, MBA
Bundesspartenobmann



KR Sonja Zwazl
Präsidentin, WK NÖ



KR Dr. Erich Schoklisch
Del. z. Wirtschaftsparlament